

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31302
 Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger
 Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Gierstraße Blasewitz Nr. 668
 Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederporzitz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den übrigen Inhalt Eugen Berner beide in Dresden.

Abdruck möglich mit den Beilagen: Anst. Fremden- und Kurliste, Agrar-Worte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel- und ein halbes Lagen, Aus alter u. neuer Zeit, Roden-Zeitung, Schmittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle d. Bewalt. Dresd. Straß. u. w. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Leihgeb. Druck: Clemens Landgraf Radsl., Dresden-Friedrichstadt. Bei unvert. eingezahl. Manuskripten ist Rückporto beizugeben. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die 8 gespaltene Pests-Zelle mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zelle mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inseritionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontour d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
 Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
 93. Jahrgang

Nr. 288

Freitag, den 11. Dezember

1931

Nacharbeit, die noch viel Kopfzerbrechen machen wird

In den Ressorts der Ministerien haben die Arbeiten an den Ausführungsbestimmungen begonnen. Man rechnet damit, daß diese Arbeiten zehn Tage in Anspruch nehmen werden.

Der Reichskommissar für die Preisfestsetzung wird nach Berlin überfiedeln. Er will zunächst die Brotpreis- und dann die Fleischpreisfestsetzung in Angriff nehmen.

Das Hauptaugenmerk soll er auf die Höhe der Preispanne richten.

In den nächsten Tagen wird er seine Besuche auf andere Preisgebiete ausdehnen, namentlich die städtischen Werttarife. Eine Senkung der Posttarife kommt zunächst nicht in Frage, da hierüber noch Verhandlungen im Gange sind. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vollmachten des Reichskommissars nicht soweit reichen, daß er über die Beschlüsse der Reichsregierung hinausgehen könnte. Die lange seine Mission läuft, wird vom Erfolg abhängen. Der frühere Finanzminister Reinhold erklärt in der „Vossischen Zeitung“, der Reichskommissar, dem der Ruf eines tüchtigen Mannes vorausgeht, werde seine Aufgabe am besten erfüllen, wenn er den festen Willen hat, in wenigen Wochen wieder von der Bildfläche zu verschwinden.

Die Haltung der Parteien

ist noch ungeklärt; bis jetzt hat nur die Staatspartei einen prinzipiell zustimmenden Beschluß gefaßt. Von der Sozialdemokratie erwartet man nach wie vor, daß sie trotz aller ablehnenden Beschlüsse, die sie im Hinblick auf die Notverordnung fassen wird, den Antrag auf Einberufung des Reichstages nicht zustimmen wird. Der Abgeordnete Aufhäuser als Gewerkschaftler untersucht im „Vorwärts“ die Wirkung der Notverordnung auf die Arbeiter. Er glaubt nicht, daß z. B. die Textilpreise noch um 15 Prozent gesenkt werden, oder daß die Entwicklung der Lebensmittelpreise den Ausgleich für den neuen Lohnabbau schaffen könne. Er erklärt auch, daß die Gesamtsozialversicherung von den Maßnahmen der Preisfestsetzung schwer betroffen werde, ebenso wie die Sparkassen. Das gesamte Winterprogramm sei allzusehr von der Tendenz erfüllt durch fortschreitende Senkung der Lebenshaltung des Volkes zu einer Art von Binnenwirtschaft zu gelangen. Dieses System der Selbsthaltung gehe stets zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Wenn die Sozialdemokraten gegen die Einberufung des Parlamentes stimmen, müßten Wirtschaftspartei und Landvolk beide für die Einberufung stimmen, wenn die Mehrheit zugunsten der Opposition ausfallen soll. Eine von beiden genügt nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ als das Organ der Landwirte erfindet die Entlastung, die die Landwirtschaft von der Zinskseite der Preis- und Lohnseite her erfährt, so stark, daß sie die Neubelastung durch die Umsatzsteuer

als sekundär bezeichnet. Sie fordert nur noch neue Zölle, namentlich für Butter und Rinder.

Was tun?

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Donnerstagnachmittag eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Wie der „Vorwärts“ ergänzend mitteilt, wurde übereinstimmend festgestellt, daß wesentliche Bestimmungen der neuen Notverordnung und insbesondere diejenigen, die die Lohnfestsetzungen betreffen, gegen die eindringlichen Warnungen und den schärfsten Wider-

spruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erlassen worden seien. Der Fraktionsvorstand habe sich weiter mit der politischen Gesamtsituation und den politischen und wirtschaftlichen Folgen beschäftigt, die durch eine Entscheidung der Reichstagsfraktion für oder gegen die Einberufung des Reichstages herbeigeführt werden würden.

Ältestenrat erst am 16. Dezember

Präsident Loebe hat jetzt die Sitzung des Ältestenrates, die von den Kommunisten für heute verlangt worden war, auf Mittwoch,

Was das Herz voll ist...

Brüning empfängt die Auslandspresse

Reichskanzler Brüning hat am Donnerstag in Berlin die Berichterlatter der ausländischen Presse empfangen. Er betonte, daß die Regierung mit der größten Energie dafür sorgen werde, daß die gesetzmäßige und verfassungsmäßige Regierung in Deutschland an der Macht bleibe. Wenn die Welt der Ansicht sei, daß der Nationalsozialismus in Deutschland eine so große Gefahr für sie sei, dann müsse sie auch anerkennen, daß diese Gefahr nicht existieren würde, wenn man Deutschland diejenige Unterstützung und diejenige Hilfe zuteil werden lasse, die man Deutschland wenn aus keinen anderen Gründen, so doch aus Gründen der Menschlichkeit leisten sollte.

Weiter sprach der Reichskanzler über die Notverordnung und gab als ihre Hauptursache die Deflation an. Mit starker Betonung habe er der Behauptung wiederprochen, daß die deutsche Regie-

rung Staatskapitalismus oder Planwirtschaft betreibe.

Ihre Absicht sei lediglich, eine Verkrampfung der Wirtschaft zu vermeiden, die zu Staatswirtschaft oder Planwirtschaft führen könnte.

Wir seien auf dem besten Wege, daß jedes Land für sich seine eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik treiben werde. So gingen die Dinge nicht weiter.

Von besonderer Bedeutung waren die Erklärungen Brünings über die Reparationsfrage, zu der er u. a. sagte: „In dem Augenblick, wo Deutschland nichts mehr geliehen bekommt und die Reparationen durch Warenüberschuß bezahlen muß,

werden die Reparationszahlungen entweder die ganze Weltwirtschaft durcheinanderbringen oder es wird sich die Unmöglichkeit der Zahlungen erweisen.“

Seine Hoffnung ist, so schloß der Reichskanzler, „daß die Welt, wenn sie alle Systeme durchprobiert haben wird, sich zu einer großzügigen Lösung wird entschließen müssen.“

16. Dezember, einberufen, da am 14. und 15. Dezember noch wichtige Fraktionsitzungen, nämlich die der Sozialdemokraten und des Zentrums, stattfinden.

Durch die Ansetzung dieses späten Termins ist auf der einen Seite Zeit gewonnen worden, um Verhandlungen mit verschiedenen Parteien führen zu können.

Auf neuen Wegen

Um den Kredit des Reiches und der Wirtschaft.

„Die vierte Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ ist

ein wirtschaftspolitisches Ereignis, das ohne Vorbild in der neuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte der Großmächte da steht.

In der ganzen kapitalistischen Ära betrachtete es der Staat jeweils als seine Aufgabe, die Volkswirtschaft durch eine starke Armee und Flotte zu sichern, den Außenhandel zu schützen und den Innenhandel durch ein geordnetes Rechtsleben und stabiles Kredit- und Währungssystem zu fördern. Im übrigen herrschte freie Konkurrenz. Angebot und Nachfrage regelten den Güterverkehr. Als die Interessenten erkannten, daß sie sich bei völlig freiem Walten des liberalen Prinzips ins eigene Fleisch schnitten, schlossen sie sich in Kartellen, Syndikaten und Trusts zusammen und suchten als machtvolle Wirtschaftsfaktoren die Wirtschaftspolitik des Staates zu beeinflussen. Dies gelang ihnen schon in der Vorkriegszeit so sehr, daß Walter Rathenau mit Recht von etwa 300 Wirtschaftsführern sprach, die das Reich regierten. In der Regierung und Führung des Deutschen Reiches in der Nachkriegszeit lösten sich Männer der Wirtschaft und der Arbeiterschaft ab. Erinnerung sei nur an den Gewerkschaftsführer Hermann Müller und den Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie. Gegensätze zogen sich an und stießen sich ab.

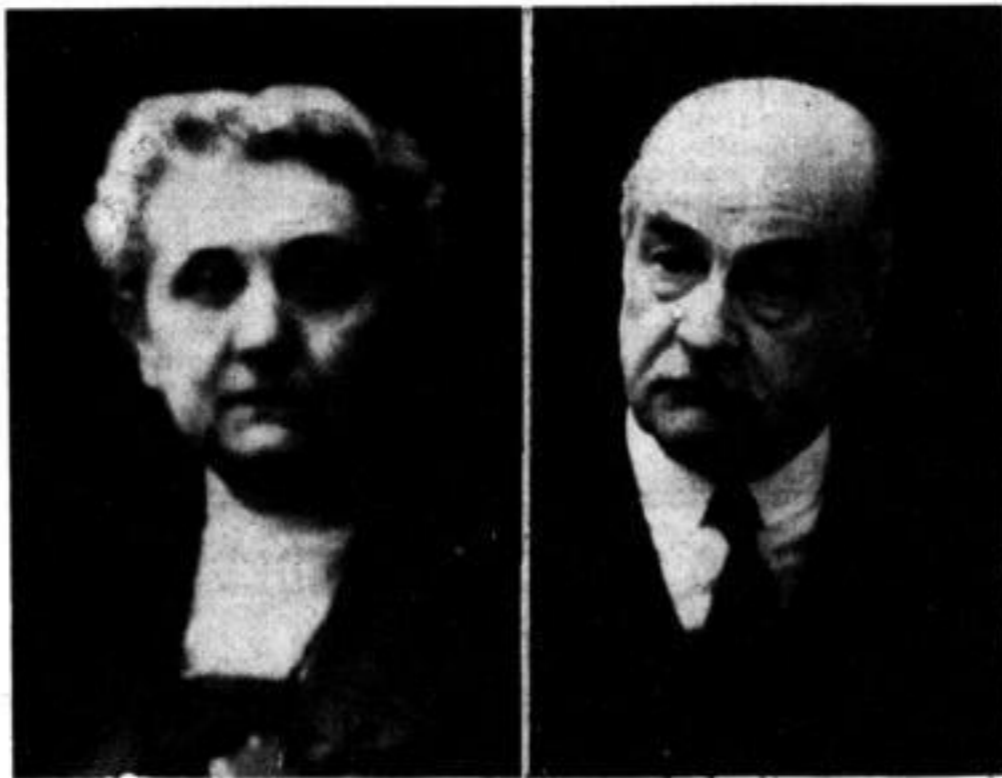
Die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Bemeisterung der ungeheuren Schwierigkeiten, die sie gerade in der deutschen Volkswirtschaft auslöste, drängte auf neue Wege. Notgedrungen mußten die deutschen Staatsmänner unserer Tage immer stärker in das Wirtschaftsgetriebe eingreifen, um seinen Verfall zu unterbinden. Das mußte nicht so sein, aber

die WZ, die geschaffen wurde, um unsere kreditpolitischen Schwierigkeiten zu beheben und positiv gestalten und schließlich in die deutsche Volkswirtschaft und Weltwirtschaft einzugreifen, verlagte auf der ganzen Linie.

Vollkommen brach auch die „goldene Internationale“ zusammen, so daß wir einen Zusammenbruch deutscher Großbanken, unseres Kreditystems, von nie geahnten Ausmaßen erleben mußten. Da erschien als 15. Notbelfer die Staatsgewalt.

Die neueste Notverordnung des Reichspräsidenten ist nach der Auffassung des Reichskanzlers ein Schlußstrich oder wie Reichsfinanzminister Dietrich vor der Presse erklärte, der Schlußstein unter eine lange und schwere Entwicklung. Die Maßnahmen, die vom Reichskabinett getroffen werden,

widersprechen an einigen Punkten in fundamentalster Weise den Grundprinzipien des kapitalistischen Systems.“



Die Friedensnobelpreisträger

Das Nobellkomitee hat in diesem Jahre den Friedensnobelpreis an zwei Persönlichkeiten verliehen, und zwar an die bekannte Sozialpolitikerin Jane Addams und den Präsidenten der Columbia-Universität Dr. Murray Butler. Letzterer ist ein hervorragender Kämpfer gegen die Kriegsschuldfrage und ein besonderer Freund Deutschlands. Er hat den Professoren-Austausch zwischen Amerika und dem Ausland, vornehmlich auch mit Deutschland, organisiert. Die 71-jährige Jane Addams, Präsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, ist die Begründerin der amerikanischen Großstadtsiedlungen; sie hat im Kriege eine Kleinstadt für den Frieden entzweit.